CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT
Saarland - Lorraine - Luxembourg - Rheinland-Pfalz - Wallonie - Communauté Française de Belgique - Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens
23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209

Kommission 3 „Verkehr und Kommunikation“
Isolde Ries, MdL
Landtagsvizepräsidentin
Vorsitzende

Empfehlung

Eine journalistische Internetplattform für die Großregion

Die Medien nehmen bei der umfassenden Teilnahme an der Meinungsbildung eine öffentliche Aufgabe wahr.
Die Medien sind in diesem Zusammenhang ein unverzichtbarer Bestandteil individueller und öffentlicher Meinungs- und Willensbildung auch in der Großregion, indem sie der Bevölkerung diese Großregion mit all ihren Facetten bekannter machen und durch Nachrichten und Kommentare Entwicklungen in der Großregion transparent machen.

Aus diesem Grund spricht sich der **Interregionale Parlamentarier-Rat** für eine weitere Verbesserung der Medienberichterstattung in und für die Großregion aus.

Denn der **Interregionale Parlamentarier-Rat** erkennt eine grenzüberschreitende Dimension der Berichterstattung in und über die Großregion auf Grund des Interesses und des Informationsbedarfes der Bevölkerung wie auch der Entscheidungsträger, der vielfältigen und weiter steigenden grenzüberschreitenden Kooperationen und Abhängigkeiten und der damit verbundenen großen Themenpalette.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** spricht sich daher und vor dem Hintergrund der noch zunehmenden Bedeutung online-abrufbarer Informationen für den Aufbau einer interaktiven journalistischen Internetplattform für die Großregion aus.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** ist sich sicher, dass ein kleines Kernteam, eine dezentrale Korrespondentenstruktur bestehend aus Berufsjournalisten, journalistisch tätigen Experten und Nichtjournalisten, eine vielseitige Berichterstattung über aktuelle Themen und der Aufbau eines umfassenden Archives einen deutlichen Mehrwert für die Großregion und die darin lebenden Bewohner, nicht zuletzt die Arbeitenden, die Studierenden, die Jugendliche und die Familien, aber auch die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungsträger, ebenso wie für die Besucher der Großregion darstellen würde.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** ist der Überzeugung, dass nach einer Startphase unter Federführung einer neutralen Einrichtung und unter Einbindung des Hauses der Großregion mit privaten und öffentlichen Mitteln, z. B. von Sponsoren und Stiftungen, einschließlich europäischen Fördermitteln (z. B. INTERREG) eine Plattform aufgebaut werden kann, die dann selbstständig und unabhängig weiterbetrieben werden kann.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** bedauert in diesem Zusammenhang das Ende des Vereins „IPI“ (Interregionale Presse - Presse Interrégionale), der mittels einer systematischen Vernetzung von rund 120 Pressevertretern aus der Großregion in den Jahren 1993 bis 2010 maßgeblich die grenzüberschreitende Berichterstattung gefördert hat.
Die Reaktivierung dieses Netzwerkes und die anschließende Integration können beim Aufbau dieser journalistischen Internetplattform wertvolle Dienste leisten.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** lädt die Zivilgesellschaft in der Großregion zur Stellungnahme zu seinen mit Blick auf die Medien erarbeiteten Empfehlungen ein. Er führt zu diesem Zweck in 2015 eine Anhörung durch.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** spricht sich dafür aus, auf dieser Grundlage zur Beförderung der Entwicklung einer gemeinsamen Öffentlichkeit in der Großregion das Thema „Medien“ zu einem Schwerpunkt-Thema des nächsten Gipfels der Großregion zu machen.

Der Interregionale Parlamentarier-Rat richtet diese Empfehlung an:

- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
- die Regierung der Föderation Wallonie-Bruxelles,
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
- die Regierung der Wallonie,
- die Landesregierung von Rheinland-Pfalz,
- die Landesregierung des Saarlandes,
- den Präfekten der Region Lorraine,
- den Conseil Régional de Lorraine

und nachrichtlich an

- die Regierung der Französischen Republik,
- die Regierung des Königreichs Belgien,
- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Trier, 28. November 2014